Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund
Kompetenz unter einem Dach

Presseinformation
Wien │ 27.2.2025

ÖHGB: Regierungsprogramm: Einfrieren der Mieten ist gefährlicher Rückschritt!

Utl: Weitere Eingriffe in die Mieten auf dem Rücken der Vermieter sind unsachlich und reine Gießkannenförderung auf Kosten Dritter – Investitionsstopp im Gebäudesektor droht!

Wien (OTS) – Bereits letztes Jahr wurde ohne sachliche Rechtfertigung eine gesetzliche Mietpreisbremse beschlossen. Aktuelle Zahlen der Statistik Austria stellen schwarz auf weiß klar, dass seit dem Jahr 2020 die Hauptmietzinse geringer gestiegen sind als die allgemeine Inflation. Laut Statistik Austria war die allgemeine Preissteigerung um 4,4 % höher als die Steigerung der Hauptmietzinse.

Für ÖHGB-Präsident RA Dr. Martin Prunbauer bedeutet diese weitere Beschneidung der Mieten einen gefährlichen Rückschritt. Prunbauer betont: „Die wahren Preistreiber sind die explodierenden Kosten für Gas, Strom und andere Brennstoffe, doch wird diese Tatsache – so wie auch in den früheren Diskussionen rund um eine Wertanpassung der Hauptmietzinse – ignoriert."

Statt zielgerichteter Maßnahmen wird erneut mit der Gießkanne im ohnehin stark preisregulierten Mietsektor auf Kosten der Vermieter verteilt. In diesem Sektor wohnen zu einem beträchtlichen Teil Mieter und Mieterinnen, die gut verdienen. Die inflationsbedingte Teuerung hat sich auch in steigenden Gehältern niedergeschlagen, wodurch die Mehrbelastung weitgehend ausgeglichen wurde. Faktum ist, dass die Wohnkostenbelastung in Österreich seit Jahren stabil ist und etwa 19 Prozent des Haushaltseinkommens beträgt.

ÖHGB-Präsident RA Dr. Martin Prunbauer zeigt sich besorgt über diesen kurzsichtigen und populistischen Eingriff in den Wohnungsmarkt: „Diese Maßnahme wird fatale Folgen für den Gebäudebestand haben: Investitionen bleiben aus, Sanierungen werden gestoppt – und der Gebäudebestand verfällt. Erinnern wir uns an das graue Wien der 70er Jahre: Genau dorthin steuern wir zurück!"

Die Verlängerung der Mindestbefristungsdauer von drei auf fünf Jahre ist ein weiterer schwerwiegender Eingriff. Besonders für kleine und mittlere Vermieter bedeutet dies einen Verlust an Flexibilität – etwa, wenn eine Wohnung für studierende Enkelkinder benötigt wird. Die Folge? Weniger Wohnungen kommen auf den Markt. „Ist das wirklich gewollt?", so Prunbauer abschließend.

Mehr über den ÖHGB

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB, www.oehgb.at) ist die größte freiwillige Interessenvertretung österreichischer Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer. Die Hauptaufgabe des ÖHGB besteht im Schutz und in der Förderung des Privateigentums sowie der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der privaten ImmobilienbesitzerInnen. Die ca. 30.000 Mitglieder teilen sich auf die neun Landesverbände auf, die ihren Mitgliedern mit fundierten Rechts-, Steuer-, Versicherungs-, Bau- bzw. Finanzierungsberatungen und weiteren, umfangreichen Informations- und Serviceleistungen, zur Seite stehen. Darüber hinaus betreiben der ÖHGB und dessen

Landesverbände im Interesse der Mitglieder aktive Standespolitik in der Interessenvertretung auf allen Ebenen.

Rückfragen & Kontakt:

Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund
Dr. Marie-Theres Ehrendorff
Pressesprecherin
Tel.: +43 676 3239 645
marie-theres.ehrendorff@oehgb.at